

## 56. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 11. April 2019

Top 5: Tuberkuloseerkrankungen ernst nehmen und fernab jeglicher Ideologie bekämpfen

Antrag

der Fraktion der AfD

Drucksache 17/5629

**Präsident André Kuper:** Als nächste Rednerin darf ich für die FDP die Abgeordnete Frau Schneider begrüßen.

**Susanne Schneider** (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Tuberkuloseerkrankungen ernst nehmen und fernab jeglicher Ideologie bekämpfen“ – diese Überschrift der Antragsteller steht im Widerspruch zu den Botschaften, die Sie im Hintergrund senden.

**(Beifall von der FDP, der CDU und der SPD –Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)**

Unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes wollen Sie Ihre migrationskritischen Ansichten verbreiten. Sie stellen die Gefährdung durch Migranten heraus. Dieses Spiel mit den Ängsten der Menschen halte ich für gefährlicher als manche Infektionskrankheit.

**(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)**

Dieser Antrag ist aber auch überflüssig. Wir brauchen kein neues Gesundheitsschutzprogramm, da wir mit dem Infektionsschutzgesetz bereits über eine gesetzliche Grundlage für alle notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose verfügen.

(Beifall von **Mehrdad Mostofizadeh** [GRÜNE] und **Christina Weng** [SPD])

Darin ist für Ärzte, aber auch für Leitungen von Gemeinschaftseinrichtungen wie Kitas und Schulen eine Meldepflicht für behandlungsbedürftige Tuberkuloseerkrankungen sowie eine Labormeldepflicht bei einem Erregernachweis von Mykobakterien festgeschrieben.

Das Infektionsschutzgesetz verpflichtet den Öffentlichen Gesundheitsdienst zur Ermittlung von möglichen Infektionsquellen und zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung. Dem ÖGD stehen dabei weit reichende Kompetenzen zur Verfügung – von Vorladungen von Personen zu einer Untersuchung wie zum Beispiel einer Tuberkulintestung bis hin zu Wohnungsdurchsuchungen. Auf dieser Grundlage können Maßnahmen wie eine Umgebungsuntersuchung oder die Erteilung von Besuchsverboten veranlasst werden.

Wir haben also bereits ein seit Jahrzehnten etabliertes System zum Infektionsschutz. Statt neuer Programme oder Konzepte sollten wir eher dafür sorgen, dass der öffentliche Gesundheitsdienst die beschriebenen gesetzlichen Aufgaben auch erfüllen kann.

Der ÖGD steht vor großen Herausforderungen – angesichts des Altersschnitts der dort beschäftigten Ärzte sowie angesichts des Bewerbermangels bei der Facharztweiterbildung. Offene Stellen können oft nicht besetzt werden. Es gilt, die Arbeit beim ÖGD bekannter zu machen und attraktiver zu gestalten – zum Beispiel durch den Abbau von Vergütungsunterschieden zu den Klinikärzten.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, auch hinsichtlich der Infektionsbekämpfung bei der Aufnahme von Asylbewerbern besteht kein zusätzlicher Handlungsbedarf.

Bei Geflüchteten, die einer Aufnahmeeinrichtung oder einer Gemeinschaftsunterkunft zugewiesen werden, verpflichtet das Asylgesetz zu einer ärztlichen Untersuchung auf übertragbare Krankheiten – einschließlich einer Röntgenaufnahme der Atmungsorgane.

Das bedeutet, dass Asylbewerber bereits heute durchgängig auf Tuberkulose, wie auch auf viele andere Krankheiten getestet werden. Der Antrag fordert aber gar keine Untersuchung bei der Aufnahme, sondern verbindliche Untersuchungen von anerkannten Migranten.

Im Klartext wären das Reihenuntersuchungen der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund.

Das wäre nicht nur eine Maßnahme, die hinsichtlich des organisatorischen und finanziellen Aufwandes den ÖGD von seinen sinnvolleren Aufgaben abhalten würde, sondern vor allem auch – und ich betone das – eine Diskriminierung, die alle Zuwanderer unter Generalverdacht stellt.

**(Helmut Seifen [AfD]: Das hat doch niemand getan!)**

Auch bei den weiteren Forderungen fällt es schwer, sich mit dem Antrag sachlich auseinanderzusetzen. So ist der Schutz des medizinischen Personals nicht Aufgabe des ÖGD, sondern des jeweiligen Arbeitgebers. Ebenso überflüssig ist die Forderung nach Berichten des ÖGD über gemeldete Infektionskrankheiten.

Mit den wöchentlich im „Epidemiologischen Bulletin“ des Robert Koch-Instituts veröffentlichten Statistiken stehen alle Informationen bereits zur Verfügung.

**( Beifall von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])**

Deshalb sollten wir nicht den ÖGD mit zusätzlichen Pflichten belasten.

Zusammengefasst: Überflüssige bzw. nicht sachgerechte Forderungen dienen letztlich nur dazu, migrationskritische Ansichten zu verbreiten und Ängste zu schüren. Das aber werden alle Demokraten in diesem Hause nicht zulassen. – Ich danke Ihnen.

**(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)**

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider.– Für die Grünen hat nunder Abgeordnete Mostofizadeh das Wort.

